



Soziale Integration junger Migrant/innen, Aussiedler/-innen und ihrer Familien in E&C-Gebieten

1.

Wenn wir von der Integration von Migrant/innen sprechen, dann geht es im Kern um die Einbeziehung der Zugewanderten und ihrer Kinder in die „gesellschaftliche Gemeinschaft“ (PARSONS 1972), oder – wie es Hoffmann-Nowotny (1973, S. 171ff.) formuliert –, um die „Partizipation an der Gesellschaft“. In der sozialwissenschaftlichen Diskussion hat sich mittlerweile die Unterscheidung zwischen systemischer und sozialer, d.h. lebensweltlicher Integration eingebürgert (vgl. etwa HEITMEYER 1997).

Systemische Integration meint die Teilhabe und Teilnahme an den Funktionssystemen der Gesellschaft wie Recht, Bildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt, Politik/Wahlen, soziale Sicherung. Neben der rechtlichen Gleichstellung, die die Teilnahme an Wahlen ermöglicht bzw. Chancen der politischen Selbstorganisation eröffnet, kommt der *Integration in Erwerbsarbeit* eine zentrale Bedeutung zu. Sie ist nämlich die Bedingung der Möglichkeit einer selbständigen Lebensführung, für eine „individuelle Integration“ (HÄUSSERMANN u. OSWALD 1996), die in modernen Gesellschaften gefragt ist.

Soziale Integration erfolgt über lebensweltliche Vergemeinschaftung durch Gruppenzugehörigkeiten (etwa durch soziale Milieus, Peers, ethnische Gemeinschaften), durch (interethnische) soziale Kontakte und *soziale Anerkennung* (vgl. Honneth 1994a), was sowohl Chancen zur kulturellen Entfaltung als auch die Teilhabe und Teilnahme an Verständigungsprozessen notwendigerweise einschließt. Soziale Integration ist letztlich eine Leistung der Gesellschaftsmitglieder – gleich welcher Herkunft: Durch ihre Handlungen wird das Soziale nämlich erst konstituiert. Ohne diese freiwillige Anstrengungen ist *sozialer Zusammenhalt* nicht zu haben. Die Politik kann den Umgang zwischen Zugewanderten und Einheimischen nicht vorschreiben. Sie kann aber in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Bedingungen schaffen, unter denen die Selbstregulierung der Gesellschaft stimuliert wird und Verteilungs- und Anerkennungskonflikte in demokratischer Weise ausgetragen werden können (vgl. FILSINGER 2000a).

Obwohl es keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung und Förderung der Herkunftskultur gibt, muss die Pflege der eigenen Kultur doch möglich sein. Die dauerhafte Anwesenheit von Zugewanderten wird notwendigerweise zu einem Einbau von Elementen der Herkunftskultur in die hiesige (Kern-)Kultur (vgl. ESSER 1998) führen müssen – etwa in die Curricula der Schule (vgl. BRUMLIK 1999), was die Bereitschaft zum kulturellen Umbau voraussetzt. Überhaupt muss im Bildungssystem einer faktisch sozial und sprachlich-kulturell immer stärker ausdifferenzierten, pluralen Lage Rechnung getragen werden. Auf beiden Seiten – sowohl auf der Seite der Zugewanderten bzw. der hier aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (Allochthone), als auch auf der Seite der alteingesessenen Bevölkerung (Autochthone) – ist folglich eine Bereitschaft zur *wechselseitigen Akkulturation* notwendig. Für die allochthone Bevölkerung ist eine *selbstaktive Aneignung* der (modernen) Kernkultur der Gesellschaft im eigenen Interesse ratsam.

Zwischen systemischer und sozialer Integration besteht ein Zusammenhang, wie man etwa an der Erwerbsarbeit gut studieren kann. Ein produktiver Umgang mit (kultureller) Differenz, der in Anlehnung an den Soziologen Georg Simmel, auch bzw. gerade in den „urbanen Tugenden der resignierten Toleranz und Gleichgültigkeit“ besteht (HÄUSSERMANN u. SIEBEL 1997), ist nur zu erwarten, wenn jedem Gesellschaftsmitglied eine ökonomisch gesicherte Existenz (in der Regel über den Zugang zu Erwerbsarbeit und/oder durch sozialstaatliche Absicherung), Chancen zur selbständigen Lebensführung und kulturellen Entfaltung – also Lebenschancen im komplexen Sinne –, und „eine fraglos gesellschaftlich nützliche Rolle, d.h. einen Platz im Leben“ zugewiesen wird (SIEBEL 1997, S. 35) Dem Zugang zu Erwerbsarbeit kommt insofern eine herausragende Bedeutung zu, als sie gegenwärtig und auf unabsehbare Zeit das zentrale Anerkennungsmedium darstellt (vgl. HONNETH 1994b). Im Prozess der Integration kommt der Bildung eine zentrale Rolle zu. Bildung ist nicht nur Kapital auf den Arbeitsmärkten, sondern beeinflusst auch andere Aspekte der Lebenslage (z.B. gesundheitliche Situation, soziale Teilhabe und Teilnahme) und ist zentral für die Möglichkeiten der Lebensbewältigung. Es ist besonders wichtig, dass es allen jungen Männern und Frauen gleich welcher Herkunft ermöglicht wird, eine eigenständige und selbständige Lebensführung und Existenzsicherung zu erlangen, die ihnen familiäre und berufliche Entscheidungen ermöglicht. Dabei geht es in erster Linie um personale Selbständigkeit im Prozess der Integration in den Arbeitsmarkt. Notwendig ist, gerade den Benachteiligten eine individualisier-

rende Bildung zu ermöglichen.

2.

Eine differenzierte Situationsanalyse ist im Rahmen dieses Beitrags nicht möglich (für einen ersten Überblick vgl. HAMBURGER 1999a; ausführlicher: MÜNZ, SEIFER u. ULRICH 1997; BADE u. MÜNZ 2000; speziell zu Aussiedler/innen: vgl. MUMMEY u. SCHEINER 1998; BADE u. OLTMER 1999). Deshalb belasse ich es bei einigen Kernpunkten. Bis in die neunziger Jahre kann von einer zunehmenden (systemischen/strukturellen) Integration – insbesondere der zweiten und dritten Migrantengeneration – im Sinne der Teilhabe an Bildung und Erwerbsarbeit gesprochen werden. Den „Migrationsgewinnern“, denen es gelingt, höhere Bildungsabschlüsse und damit mittlere und höhere Berufspositionen zu erreichen, steht jedoch ein beträchtlicher Anteil von „Migrations- bzw. Modernisierungsverlierern“ gegenüber. Die „absolute Bildungsarmut“ (ALLMENDINGER 1999)* unter jungen Migrant/innen beträgt über 22%, d.h. fast jede/r vierte Jugendliche ausländischer Herkunft bleibt ohne Schulabschluss (zum Vergleich: 8% der deutschen Jugendlichen, vgl. auch JESCHECK 1994). Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung erstellte Bestandsaufnahme („Jugendliche ohne Berufsausbildung“, vgl. BMBF 1999) berichtet, dass 32,7% der jungen Migrant/innen ohne Berufsausbildung sind (8,1% der deutschen Jugendlichen). 83,3% der jungen Migrant/innen (deutsche Jugendliche: 28,2%) ohne Schulabschluss beenden keine Berufsausbildung, bleiben also „berufslos“. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin konnte jüngst zeigen, dass sich die Integration junger Ausländer in das Bildungssystem „verlangsamt“ (vgl. JESCHECK 1998). Migrant/innen sind in der Armutsbevölkerung überproportional vertreten (vgl. HANESCH 1994; SEIFERT 1995; HAMBURGER 1996; HAUSER 1997).

(Junge) Aussiedler/innen gehören zu den Migrant/innen, auch wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen diejenigen jungen Aussiedler/innen, die Anfang der neunziger Jahre nach Deutschland gekommen sind. Empirische Befunde sprechen dafür, dass für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Jugendlichen die Gefahr besteht, dass sie den Anschluss an eine adäquate schulische Ausbildung und berufliche Integration verpassen und ins gesellschaftliche Abseits geraten (vgl. DIETZ u. ROLL 1998; DIETZ u. HOLZAPFEL 1999; MEISTER 1999). Die schulische und berufliche Integration der jungen Aussiedler vollzieht sich häufig unterhalb der mitgebrachten Kompetenzen, und es meh-

ren sich Hinweise auf ihre soziale Isolation und den Rückzug in die eigene Gruppe (vgl. DIETZ u. ROLL 1998, S. 144). Ein zentraler Risikofaktor ist die schlechte Beherrschung der deutschen Sprache. Ausgrenzungs- und Fremdheitserfahrungen sind Folgen des Sprachdefizits. Zwar betrachten sich die Jugendlichen als Deutsche, sie werden aber als Fremde und Mitglieder einer (ethnischen) Zuwanderungsminderheit wahrgenommen. Das Anerkennungsdefizit wird durch eine Abschottung der Aussiedlergruppe und die Herausbildung von räumlichen Aussiedlerklaven verstärkt (ebd., S. 146). Als weitere Risikofaktoren sind materielle Probleme (verstärkte Sozialhilfeabhängigkeit) und die Wohnbedingungen zu nennen.

Für das hier in Rede stehende Thema der sozialen Integration ist ein Blick auf die *städtische bzw. sozialräumliche Integration* von Interesse. Will man hierzu Aussagen machen, sind regionale Gegebenheiten zu berücksichtigen. DANGSCHAT (1995) bemerkt insgesamt eine wachsende sozialräumliche und soziokulturelle Polarisierung im Zusammenhang mit einer sozioökonomischen Polarisierung. Die Konzentration von Migranten in bestimmten Stadtteilen bzw. Quartieren ist empirischer Fakt – für Aussiedlerfamilien gilt ein ähnlicher Befund –, ebenso der Sachverhalt, dass es häufig zu weiterer Entmischung durch den Wegzug der alteingesessenen autochthonen Bevölkerung kommt. In Kindergärten und Schulen bilden junge Migrant/innen zuweilen bereits die Mehrheit; ihr Anteil dürfte aufgrund der demographischen Entwicklung weiter steigen. Die damit zusammenhängenden Probleme sind nicht von der Hand zu weisen und verlangen stadt- und bildungspolitische Entscheidungen. Dramatisierungen mögen in bestimmten Fällen vielleicht begründet sein, doch vorrangig erscheint eine nüchterne Analyse der Verhältnisse, auch auf Prozesse der Segregation und des community-building erforderlich (vgl. LEGGEWIE 2000). So viel steht aber fest: Vor allem unfreiwillige (räumliche) Segregation begünstigt Prozesse der Marginalisierung und der „Traditionalisierung von Integrationsdefiziten“ (vgl. HILPERT 1997) aufgrund mangelnder Schulbildung und versperrter Zugänge zum Beruf und zum Arbeitsmarkt. Die Traditionalisierung von Integrationsdefiziten in Migrantenfamilien und Quartieren mit hohem Migrantenteil ist aber nicht in erster Linie Ausdruck mangelnder Integrationsbereitschaft, sondern verweist letztlich auf Strukturprobleme.

Ein Blick in die Forschung bzw. auf Situationsanalysen von Großstädten zeigt recht unterschiedliche *Sozialverhältnisse*. Gute Nachbarschaft scheint vorzukommen, aber wohl eher selten. Konflikte in Stadtteilen mit hohem

Migrantenanteil sind wohl unvermeidlich, aber zunächst kein Anlass zu übertriebener Besorgnis. Gewalttätige (Gruppen-)Auseinandersetzungen sind zwar nicht selten, aber nicht bestimmend. Aufmerksamkeit verdienen Beobachtungen, „die im lebenspraktischen Miteinander von Stadtbewohnern auch ein durchaus erfolgreiches Zusammenleben (zeigen), ein selbstverständlicher Umgang miteinander“ (BUKOW u. LLARYORA 1999, S. 1). Desintegrationserscheinungen sind zwar bevorzugt in „Räumen sozialer Problemlagen“ zu erwarten. Doch das Ausmaß sozialer Integration bzw. Desintegration ist nicht alleine an sozialstrukturellen Daten festzumachen (Migrantenanteil, Arbeitslosenquote u.a.), sondern es sind soziale Milieus, Nachbarschaftsbeziehungen u.a. einzubeziehen. Offenbar gibt es also trotz Strukturparallelen in den sozialstrukturellen Merkmalen und sozialen Problemlagen erhebliche Unterschiede in den *Bewältigungsmustern* und im sozialen Zusammenhalt (vgl. HERMANN 1996). Die Studie von ECKERT und KISLER, die 1997 unter dem Titel „Südstadt, was ist det?“ (Köln) erschienen ist, zeigt bspw. ein differenziertes Bild von Integrations- bzw. Ausgrenzungsprozessen in einem Kölner Stadtteil, von innerethnischen und anderen Verflechtungen, vor allem aber, dass das Zusammenleben von Allochthonen und Autochthonen nicht ausschließlich unter der Dimension von Konflikt oder gar kategorialer Fremdheit wahrgenommen werden kann. Nicht nur Desintegration und Konflikt müssen bestimmend sein, sondern eben auch ein alltagspraktisches Nebeneinander. Dennoch sind die düsteren Perspektiven der systemischen Integration über Arbeits- und Wohnungsmarkt und die schwächer werdende ökonomische Integrationskraft der Städte sind „keine guten Zeiten für die Tugend der Gleichgültigkeit und keine guten Zeiten für die Integration des Fremden“ (HÄUSSERMANN 1997, S. 43), also für multikulturelles Zusammenleben in der Stadt.

3.

Bei dieser Konferenz geht es um Aufgaben und Konzepte des Quartiersmanagements. In der Konferenzankündigung heißt es, ein Aufgabengebiet sei die Förderung der sozialen Einbindung junger Migranten, Aussiedler und ihrer Familien im Quartier und ihre Beteiligung an der Gestaltung des Wohnumfelds. Soziale Einbindung verstehe ich zunächst so, dass die (Selbst-)Ausgrenzung dieser Bevölkerungsgruppen vermieden werden soll, positiv gewendet: dass sie als normale Nutzer/innen der sozialen Infrastruktur betrachtet werden und überdies ihre Gestaltungspotenziale aufgegriffen, gestützt und auch genutzt werden sollen.

Soziale Einbindung, soziale Integration ist aber ohne Partizipation, also wirkliche Teilhabe nicht möglich. Anders formuliert: Nicht die Zugewanderten bzw. ihre Kinder sollen in etwas Bestehendes einbezogen werden, sondern es geht um das Zusammenfügen verschiedener Teile zu einem Ganzen. Diese Integrationsaufgabe betrifft alle Gesellschaftsmitglieder, d.h. sie geht alle Quartiersbewohner/innen *unmittelbar* an.

Für einen *kommunalen Integrationsansatz* lassen sich folgende Prinzipien formulieren (vgl. dazu ausführlicher KRUMMACHER u. WALTZ 1996, FILSINGER 1998, SCHÄFER, HAUBRICH u. FRANK 1999):

- Erforderlich ist eine Politik, die allen Bürger/innen Teilhabechancen insbesondere in den Bereichen Wohnen, Bildung und Erwerbsarbeit eröffnet und die auf eine *allgemeine Qualifizierung der (sozialen) Infrastruktur* abzielt. Integrationspolitik ist demnach keine Politik für Migrant/innen; spezielle Integrationspolitiken für Zugewanderte und ihre Familien erübrigen sich damit zwar nicht, aber sie sind im Kontext einer allgemeinen Integrationspolitik zu konzipieren. Sonderprogramme sind dort einzusetzen, wo soziale Benachteiligung durch ethnische Unterschichtung oder kulturspezifisch induzierte Ausgrenzung mit hervorgebracht wird. Darüber hinaus bedarf es einer *Interaktionspolitik* (vgl. etwa LAMURA 1998), die darauf abzielt, Gelegenheitsstrukturen für interkulturelle Austauschprozesse zu schaffen bzw. bereits vorhandene Strukturen zu stützen.
- Die Basis für die Quartiersentwicklung bildet die *vorhandenen bzw. erschließbaren (Selbsthilfe-)Potenziale* bei den Quartiersbewohner/innen (vgl. WALTZ 1997); d.h. anzuknüpfen ist an die Erfahrungen, Kompetenzen und Leistungen der Bewohner/innen; dabei geht es vor allem darum, die beachtlichen Integrationsleistungen der Zugewanderten zu achten und *anzuerkennen*. Mehrsprachigkeit, interkulturelle Erfahrungen, Migrationserfahrungen usw. sind Kompetenzen bzw. Ressourcen, die bisher noch unzureichend in den Blick genommen wurden.
- Es bedarf eines bewussten und zugleich *beheutamen Umgangs mit Differenz*. Differenzen sind vielfältiger Art: Soziale, ethnisch-kulturelle und geschlechtsspezifische Differenzen sind zu unterscheiden, aber auch aufeinander zu beziehen. Die Hervorhebung ethnischer bzw. kultureller Zugehörigkeit verhindert einen angemessenen Zugang zu sozialen Problematiken.

Wie ist aber nun eine Quartiersentwicklung zu konzipieren? Zunächst bedarf es analytischer Anstrengungen. *Sozialraumanalysen* (vgl. etwa SCHUMANN 1997), die immer auch als *Milieu- und Netzwerkanalysen* zu konzipieren sind, erbringen erst das notwendige Wissen über die sozialen Verhältnisse im Quartier. Eine vertiefte Kenntnis von unterschiedlichen Milieus, also ihrer gemeinsam geteilten Deutungsmuster und sozialen, d.h. auch religiösen Praxen, insbesondere von Migrantenumilieus und Migrantennetzwerken ist erforderlich, um Missverständnissen, Vorurteilen und Fehldeutungen entgegenzuwirken, aber auch um Anknüpfungspunkte für sozialen Austausch, für Kooperation zu erkennen. *Milieukundigkeit* erscheint mir eine zentrale Kompetenz für ein „interkulturelles“ Quartiersmanagement. Netzwerkanalysen sind auch erforderlich im Hinblick auf die lokalen Akteursgruppen (z.B. Vereine, Organisationen usw.). Nur eine gute Kenntnis dieses lokalen Akteur-Netzwerks erlaubt es, Kooperationspotenziale zu erkennen.

Ein genaues Augenmerk ist auf die *Generationenverhältnisse* zu richten. Empirische Befunde sprechen dafür, die Einbindung der jungen Migrant/innen in die communities und daraus resultierende Konflikte aufmerksam zu studieren (vgl. etwa BARINGHORST 1999). Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen Prozesse der Transformation, der *Traditionsbildung*. Mir scheint nämlich, dass Modernisierungsprozesse, d.h. Individualisierungsprozesse in der Migrationsbevölkerung bisher noch nicht ausreichend wahrgenommen und in Rechnung gestellt werden. Ursula APTZSCH hat in mehreren empirischen Untersuchungen solche Traditionsbildungsprozesse zeigen können (APTZSCH 1996a, 1996b). Traditionsbildung ist etwas anderes als Traditionsfortsetzung. Oberflächlich betrachtet stellen sich bestimmte Lebensführungsmuster bzw. Lebensentwürfe als Fortsetzung bisheriger familialer Muster dar; bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch etwas Neues. Dieses Neue knüpft zwar an Traditionen an; diese werden jedoch von den Subjekten – als aktive Leistung – transformiert. Unter der Bedingung von ethnisch motivierter Benachteiligung oder gar Diskriminierung sind solche Transformationsprozesse eher gefährdet, ist der Rückzug auf die Herkunftsgemeinschaft wahrscheinlicher. Die Berücksichtigung der Generationenperspektive könnte auf der praktischen Ebene so etwas wie Generationenarbeit bedeuten.

Generell ist bei der Konzeptentwicklung zu berücksichtigen, dass *ethnische Gruppenbildung* ambivalent zu beurteilen ist, und dass Separation und Differenz nicht a priori dem Integrationsgedanken entgegenstehen. Walter SIE-

BEL (1997) fordert aus guten Gründen dazu auf, „die unaufhebbare Dialektik von gegenseitiger Abgrenzung und Integration“ nicht zu leugnen. Einschlägige Studien zeigen überdies, dass in der Adoleszenzphase nicht nur ethniespezifische Erfahrungsräume bedeutsam sind, sondern ebenso *alters- und geschlechtsspezifische* Erfahrungsräume (vgl. BOHNSACK u. NOHL 1998). Überdies spricht vieles dafür, der Frage nach mehreren Zugehörigkeiten und der Bedeutung von Ethnizität im Alltag genauer nachzugehen (vgl. DANNENBECK, ESSER u. LÖSCH 1999). Was also Not tut ist ein *reflexiver Umgang mit Ethnizität*. Es kommt vor allem darauf an, *ethnisierende Deutungsmuster* auf Seiten der autochthonen Bevölkerung, die bekannterweise Selbstethnisierungsprozesse in Gang setzen bzw. verstärken (vgl. BOMMES u. SCHERR 1991), in ihrer Funktion zu erkennen und über Aufklärung, d.h. über diskursive Strategien, aufzuweichen und durch angemessenere zu ersetzen. Dies kann umso eher gelingen, als die Aufmerksamkeit nicht nur auf Differenzen, sondern auch und vor allem auf Gemeinsamkeiten gerichtet wird. Das Quartier, das im Focus des hier in Rede stehenden Programms steht, kann nämlich nur dann als Chance betrachtet werden, wenn ethnisierende Deutungsmuster überwunden und normale Teilhabe und Teilnahme der Zugewanderten gesichert ist (vgl. HAMBURGER u. WEBER 1996).

4.

Handlungskonzepte müssen fallspezifisch, d.h. auf das jeweilige Quartier bezogen, entwickelt werden. Insofern sind von diesem Beitrag nur relativ allgemeine Überlegungen zu erwarten, die quasi als Reflexionsfolie bzw. als Orientierungswissen dienen können.

a.) Zentral ist, dass vor allem junge Migrant/innen, aber selbstverständlich auch junge Autochthone *Rückzugs- und Bewegungsspielräume* zur freiwilligen Gruppenbildung, zur Selbstorganisation und Gemeinschaftsbildung brauchen. Es bedarf – wie Hans Paul BAHRDT formuliert –, Orte des Übergangs, d.h. der „unvollständigen Integration“. Das Mitein角度kommen durch Abgrenzung führt aber nicht zu dem, was das Zusammenleben einer Bürgerschaft ausmacht. Insofern braucht es – quasi als komplementäre Strategie – *Gelegenheitsstrukturen, öffentlicher Räume* zur Begegnung, zum Austausch, zur Kooperation und Konfliktaustragung, also für Arrangements. In eine solche Richtung weist etwa das Konzept der „Schülerclubs“, das in Nordrhein-Westfalen und in den neuen Bundesländern erprobt wird (vgl. FILSINGER 2000b). Solche Schülerclubs sind zwar in der Schule angesiedelt, aber

im Kern sind sie keine reine Veranstaltung der Schule, sondern beziehen bewusst den Stadtteil mit ein. Im Rahmen solcher Schülerclubs können mehr oder minder selbstorganisierte Projekte entstehen, die Bildungsprozesse in Gang setzen, aber auch ganz praktische Initiativen hervorbringen, die für das Quartier nützlich sein können. Die Suche nach solchen Orten und die Schaffung von Gelegenheitsstrukturen und Orten ist eine der herausragenden Aufgaben quartiersbezogener Arbeit.

b.) Quartiersentwicklung ist letztlich auch ein Bildungsprozess. Insofern kommt es vor allem darauf an, die Bildungsbedingungen in den Familien in den Blick zu nehmen und Angebote zu entwickeln, die die Bildungschancen erweitern. Bildung ist – wie bereits angesprochen – nicht nur Kapital auf den Arbeitsmärkten, sondern auch eine zentrale Ressource in der Lebensbewältigung. Bildung ist überdies eine Voraussetzung für eine humane Gestaltung der Gesellschaft. Neben der Schule sind aber auch die außerschulischen Bildungsgelegenheiten (Elternarbeit, Jugendarbeit) zu erweitern, sowohl im Hinblick auf den Zugang zu formaler (weiterführender) Bildung, als auch darüber hinaus.

c.) Stadtteil- und Quartiersentwicklung wird aber nur dann Perspektiven eröffnen, wenn sie neben der Wohnungs- und Wohnumfeldentwicklung und der sozialen Infrastrukturausstattung auch darauf abzielt, neue Beschäftigungs- und Erwerbschancen, insbesondere für diejenigen zu eröffnen, die nur schwer oder überhaupt keinen Zugang zu Ausbildung bzw. Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt finden. Damit ist vorrangig eine *lokale Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik* angesprochen. Diese müsste mit Hilfe der lokalen Potenziale eine Entwicklungsdynamik in Gang setzen, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen Qualifikationsniveaus, und auch Engagement jenseits von Erwerbsarbeit hervorbringt. Es geht also um die Schaffung von wirtschaftlichen Gelegenheiten, die gleichzeitig der baulichen, Umwelt- und Gemeinschaftsentwicklung zugute kommen, sowie die Zusammenarbeit zwischen allen relevanten Akteuren (Stadtteilgruppen, private Akteure, Bewohner/innen) fördern. Voraussetzung hierfür ist eine Installierung von entsprechenden Programmen in die lokale und regionale Ökonomie (EVERS u. SCHULZE-BÖING 1999). Eine Stadtteil- bzw. Quartiersentwicklung, die die *soziale* Entwicklung eines Gemeinwesens im Blick hat, und vorhandene Potenziale nutzen und zur Entfaltung bringen möchte (seien es solche der lokalen Ökonomie oder von freiwilligen Zusammenschlüssen usw.), ist ohne Experimente nicht zu haben. Dazu gehören Typen von „sozialen Unternehmen“ (EVERS u. SCHULZE-

BÖING 1999), die sich nicht auf die traditionellen Akteure beschränken, sondern solche des Markts, des lokalen Staats und der Zivilgesellschaft zusammenführen und neue Akteursnetzwerke bilden. Die Migrantenökonomie und die Migrantenorganisationen stellen ein wichtiges Potenzial dar, das zur Kooperation gebracht werden muss.

d.) Migrantenselbstorganisation bzw. Eigenorganisationen sind für die Quartiersentwicklung von herausragender Bedeutung. Jedoch sollte auch deren Aktivitäten, nicht zuletzt im Hinblick auf die jüngere Generation, sorgfältig beobachtet und evaluiert werden.

e.) Normale Teilhabe und Teilnahme von Migrant/innen erfordert letztlich eine interkulturelle Öffnung bzw. Orientierung der Regeldienste (vgl. BARWIG u. HINZ-ROMMEL 1995). Dadurch erübrigen sich (noch) nicht die speziellen Migrationsdienste bzw. spezielle Angebote für Migrant/innen, solange spezifische Benachteiligungen bzw. Förderungsbedarf vorliegen. Allerdings sollten die Begründungen für solche Dienste und Angebote genau geprüft werden. Die Debatte um Integration vs. Besonderung scheint dann nicht produktiv, wenn sie im Sinne eines Entweder-oder geführt wird. „Die mit Ausdifferenzierung oder Integration verbundenen Nachteile lassen sich gerade nicht durch das Ersetzen des einen durch das andere vermeiden, sondern durch eine reflektierte Vorgehensweise in der Praxis beider Institutionalisierungen“ (HAMBURGER 1999, S. 38).

5.

Das Konzept des Stadtteil- bzw. Quartiersmanagements ist mittlerweile im Kern recht gut ausgearbeitet (vgl. etwa ALISCH 1998). Es geht um die Förderung endogener *Entwicklungspotenziale, um Aktivierung, Projektbegleitung und Vermittlung*. An verschiedenen Stellen ist bereits angedeutet worden, wo die Erfordernisse liegen und wie die Kernaufgaben aussehen. Diese sollen im folgenden noch einmal detailliert dargestellt werden.

a.) *Quartiersmanagement als Beobachtung*

Das Quartiersmanagement ist zunächst als eine „Beobachtungsstelle“ zu verstehen. Es geht um die Beschaffung von Wissen über das Quartier, durch aufmerksame Beobachtung, ggf. durch Untersuchungen, um eine sensible Wahrnehmung von „Signalen“ in der Bevölkerung. Stichworte sind Milieu- und Netzwerkanalyse, Akteursanalyse, Kompetenz- und Ressourcenanalyse (vgl. SCHUMANN 1997). Eine solche Sozialraumanalyse ist die Voraussetzung für die Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts.

b.) *Anlauf- und Kontaktstelle für Bürger/innen und Initiativen*

Quartiersmanagement soll zur Aktivierung der Bevölkerung beitragen bzw. vorhandene Aktivitätspotenziale sichtbar machen, fördern und zur Kooperation bringen. Dazu bedarf es Orte und Gelegenheitsstrukturen. Einen Beitrag dazu kann eine niedrigschwellige Anlauf- und Kontaktstelle leisten, die Wissen bereitstellt, Kontaktaufnahme ermöglicht und Interessierte zusammenbringt. Eine solche Stelle braucht Ansprechpartner/innen aus den im Quartier vorfindbaren Ethnien.

c.) Vermittlungsagentur

Eine weitere Aufgabe besteht in der Vermittlung, und zwar in einer dreifachen Bedeutung. Zum einen geht es um die Vermittlung von Wissen (s.o.); zum anderen geht es um die Vermittlung von Kontakten, um das Zusammenbringen von relevanten Akteuren und Gruppen, um „Networking“. Nicht zuletzt geht um Vermittlung im Sinne der Begleitung von Aushandlungsprozessen, ggf. auch um Streitvermittlung. Zu vermitteln ist zwischen den Bürger/innen bzw. Gruppen von Bürger/innen, zwischen Bürger/innen und den Institutionen, aber auch zwischen den Institutionen. Wenn es gelingt zu einer „konfliktuellen Kooperation“ zu gelangen, ist schon viel erreicht. Die Vermittlungsaufgaben setzen eine möglichst große Autonomie des Quartiersmanagements voraus, auch gegenüber der kommunalen Verwaltung bzw. den Trägern, in die die Mitarbeiter/innen einbezogen sind.

d. Projektinitiierung und -begleitung

Zu dieser Aufgabe sei nur angemerkt, dass es vor allem darauf ankommt, Gelegenheitsstrukturen für selbstorganisierte Projekte zu schaffen und vorhandene Potenziale aufzugreifen bzw. zu unterstützen. Selbst mit einem noch so hohem personellem und finanziellem Aufwand sind Projekte, die nicht in der Bevölkerung verankert sind, nicht überlebensfähig. Die bislang recht kurzfristig angelegten Projekte des Quartiersmanagements sind keine gute Voraussetzung für eine so anspruchsvolle Aufgabe wie die Quartiersentwicklung.

(Interkulturelles) Quartiersmanagement erscheint überhaupt nur perspektivenreich, wenn es eingebettet ist in ein stadtpolitisches Konzept (mit gezielter Ressourcen-Allokation) und – in unserem Fall – in ein interkulturell orientiertes Jugendhilfekzept. Die Erfolgsaussichten sollten nüchtern betrachtet werden. Ohne eine entgegenkommende Bildungs-, Beschäftigungs- und Wohnungspolitik, die die Bedingungen für eine systemische Integration von jungen Migrant/innen verbessert, dürfte auch ein noch so engagiertes Quartiersmanagement nicht sonderlich viel ausrichten können.

* ALLMENDINGER (1999) spricht dann von „absoluter Bildungsarmut“, wenn nicht mindestens ein Hauptschulabschluss vorliegt.

Kontakt:

Katholische Hochschule für Soziale Arbeit
Rastpfuhl 12a
66113 Saarbrücken
Tel.: 0681-97132-33
e-mail: filsinger@hit.handshake.de

Literatur

ALISCH, M. (Hg.) (1998). Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: Leske + Budrich

ALLMENDINGER, J. (1999). Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. Soziale Welt 50, Heft 1, 35-50

APITZSCH, U. (1996a). Biographien und berufliche Orientierung von Migrantinnen. In Kersten, R., KIESEL, D. u. SARGUT, S. (Hg.), Ausbilden statt ausgrenzen. Jugendliche ausländischer Herkunft in Schule, Ausbildung und Beruf (133-148). Frankfurt a.M.: Haag + Herchen

APITZSCH, U. (1996b). Migration und Traditionsbildung. Biographien Jugendlicher ausländischer Herkunft. In KARPF, E. u. KIESEL, D. (Hg.), Politische Kultur und politische Bildung Jugendlicher ausländischer Herkunft (11-30). Frankfurt a. M.: Haag + Herchen

BADE, K.J. u. MÜNZ, R. (Hg.) (2000). Migrationsreport 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt/M. u. New York: Campus

BADE, K.J. u. OLTMER, J. (Hg.) (1999). Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch

BARINGHORST, S. (1999). Multikulturalismus und Kommunalpolitik. Über einige nicht intendierte Folgen kommunaler Minderheitenpolitik in Großbritannien. Leviathan 27, Heft 3, 287-308

BARWIG, K. u. HINZ-ROMMEL, W. (Hg.) (1995). Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste. Freiburg/Brsg.: Lambertus

BMBF - Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (1999). Jugendliche ohne Berufsausbildung. Bonn

BOHNSACK, R. u. NOHL, A.M. (1998). Adoleszenz und Migration. Empirische Zugänge zu einer praxeologisch fundierten Wissenssoziologie. In Bohnsack, R. u. Marotzki, W. (Hg.), Biographieforschung und Kulturanalyse. Transdisziplinäre Zugänge qualitativer Forschung (260-282). Opladen: Leske + Budrich

BOMMES, M. u. SCHERR, A. (1991). Der Gebrauchswert von Selbst- und Fremdebnisierung in Strukturen sozialer Ungleichheit. Prokla 21, Heft 83, 291-316

BRUMLIK, M. (1999). Selbstachtung und nationale Kultur. Zur politischen Ethik multikultureller Gesellschaften. In KIESEL, D., MESSERSCHMIDT, A. u. SCHERR, A. (Hg.), Die Erfindung der Fremdheit. Zur Kontroverse um Gleichheit und Differenz im Sozialstaat (17-36). Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel

BUKOW, W.D. u. LLARYORA, R. (1999). Forschungsprojekt städtischer Multikulturalismus. Köln: Manuskript

DANGSCHAT, J.S. (1995). Multikulturelle Gesellschaft

- und sozialräumliche Polarisierung. In SCHWARZ, U./Hamburgische Architektenkammer (Hg.), Risiko Stadt?: Perspektiven der Urbanität (178-191). Hamburg: Junius
- DANNENBECK, C., ESSER, F. u. LÖSCH, H. (1999). Herkunft (er-)zählt. Befunde über Zugehörigkeiten Jugendlicher. Münster/New York: Waxmann
- DIETZ, B. u. ROLL, H. (1998). Jugendliche Aussiedler. Portrait einer Zuwanderergeneration. Frankfurt a.M./New York: Campus
- DIETZ, B. u. HOLZAPFEL, R. (1999). Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Kinder in Aussiedlerfamilien und Asylbewerberfamilien – alleinstehende Kinderflüchtlinge. Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht, Bd. 2. München: DJI - Verlag Deutsches Jugendinstitut
- ECKERT, J. u. KISSLER, M. (1997). Südstadt, was ist das? Kulturelle und ethnische Pluralität in modernen urbanen Gesellschaften am Beispiel eines innerstädtischen Wohngebietes in Köln. Köln: PapyRossa
- ESSER, H. (1998). Ist das Konzept der Integration gescheitert? Solingen: Landeszentrum für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen (Manuskript)
- EVERS, A. u. SCHULZE-BÖING, M. (1999). Zwischen Reduktionismus und Selbstüberforderung. Wandel und Herausforderungen lokaler Beschäftigungspolitik. Beitrag zur Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik der DGS, Mai 1999 in Frankfurt a.M.: Manuskript
- FILSINGER, D. (2000a). Zivilgesellschaftliche Gestaltung: Kontexte, (Test-) Felder und Forschungsaufgaben. In ELSÉN, S., RIES, H.A. u.a. (Hrsg.), Sozialen Wandel gestalten – Lernen für die Zivilgesellschaft (54-79). Neuwied: Luchterhand
- FILSINGER, D. (2000b). Soziale Teilhabe von Jugendlichen als Herausforderung für Schule und Jugendhilfe. In Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes NRW (Hrsg.), Interkulturelle Schülerklubs. Konzept, Ziele, Ergebnisse (19-26). Düsseldorf: MASSKS
- FILSINGER, D. in Zusammenarbeit mit LÜCK-FILSINGER, M. (1998). Kommunale Gesamtkonzepte zur Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher. Expertise im Rahmen des Aktionsprogrammes „Integration junger Ausländerinnen und Ausländer“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. DJI-Arbeitspapier Nr. 1-148. München: Deutsches Jugendinstitut
- HAMBURGER, F. (1996). Migrantinnenarmut stellt die Sozialarbeit vor neue Aufgaben. Caritas '97, Heft 3, 131-138
- HAMBURGER, F. (1999a). Migration und Soziale Arbeit. In CHASSÉ, K.A. u. WENSIERSKI, H.J. (Hg.), Praxisfelder der Sozialen Arbeit (405-420). München/Weinheim: Juventa
- HAMBURGER, F. (1999b). Von der Gastarbeiterbetreuung zur Reflexiven Interkulturalität. IZA – Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, Heft 3-4, 33-38
- HAMBURGER, F. u. WEBER, S. (1996). Wohnort als Chance? Migranten in der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit in Rheinland-Pfalz - Expertise. Hrsg. von der Landesbeauftragten für Ausländerfragen des Landes Rheinland-Pfalz. Mainz
- HANESCH, W. u.a. (1994). Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt
- HAUSER, R. (1997). Armutsberichterstattung. In NOLL, H.H. (Hg.), Sozialberichterstattung in Deutschland (19-46). München/Weinheim: Juventa
- HÄUSSERMANN, H. u. OSWALD, I. (1996). Stadtentwicklung und Zuwanderung. In SCHÄFFERS, B. u. WEWER, G. (Hg.), Die Stadt in Deutschland: Soziale, politische und kulturelle Lebenswelt (85-102). Opladen: Leske + Budrich
- HEITMEYER, W. (1997). Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems? In HEITMEYER, W. (Hg.), Was hält Gesellschaft zusammen? (23-65). Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- HERMANN, T. (1996). Sozialer Wandel im Stadtteil. In Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst ... – Soziale Netze und Bewohner/innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf (10-21). Dortmund: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS-Schriften 117)
- HILPERT, K. (1997). Ausländer zwischen Integration und Marginalisierung. Zur Bedeutung kommunaler Quartierbildung und Traditionalisierung von Integrationsdefiziten beim Wechsel der Generationen. Frankfurt a.M.: Peter Lang
- HOFFMANN-NOWOTNY, H.J. (1973). Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Stuttgart: Anton Hain
- HONNETH, A. (1994a). Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- HONNETH, A. (1994b). Desintegration. Bruchstücke einer soziologischen Zeitdiagnose. Frankfurt a.M.: Fischer
- JESCHECK, W. (1994). Nach wie vor Rückstände in der Schul- und Berufsausbildung junger Ausländer. DIW-Wochenbericht Nr. 28, 486-492
- JESCHECK, W. (1998). Integration junger Ausländer kommt kaum noch voran. DIW-Wochenbericht Nr. 24, 417-426
- KRUMMACHER, M. u. WALTZ, V. (1996). Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Augsburg: Klartext
- LAMURA, G. (1998). Migration und kommunale Integrationspolitik. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag
- LEGGEWIE, C. (2000). Integration und Segregation. In Bade, K.J. u. Münz, R. (Hg.), Migrationsreport 2000. Fakten, Analysen, Perspektiven (85-107). Frankfurt a.M./New York: Campus
- MEISTER, D. M. (1999). Die 'halbierte' Integration. Aussiedlerjugendliche in Deutschland. In GEMENDE, M. u.a. (Hg.), Zwischen den Kulturen. Pädagogische und sozialpädagogische Zugänge zur Interkulturalität (103-115). Weinheim/München: Juventa
- MUMMEY, U. u. SCHIENER, R. (1998). Zur Eingliederung der Aussiedler in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske + Budrich
- MÜNZ, R., SEIFERT, W. u. ULRICH, R. (1997). Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt am M./New York: Campus
- PARSONS, T. (1972). Das System moderner Gesellschaften (engl. 1969). München/Weinheim: Juventa

SCHÄFER, P.Y., HAUBRICH, K. u. FRANK, K. (1999). Kommunale Gesamtkonzepte zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen. Eine Dokumentation des Expertenhearings vom 2. und 3. Dezember 1998. München: Deutsches Jugendinstitut (DJI-Arbeitspapier Nr. 1-149)

SCHERR, A. (1999). Die Konstruktion von Fremdheit in sozialen Prozessen. Überlegungen zur Kritik und Weiterentwicklung interkultureller Pädagogik. In KIESEL, D., MESSERSCHMIDT, A. u. SCHERR, A. (Hg.), Die Erfindung der Fremdheit. Zur Kontroverse um Gleichheit und Differenz im Sozialstaat (49-65). Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel

SCHUMANN, M. (1997). Sozialraumanalyse als ethnographisches Lernfeld im Studium. In JAKOB, G. u. WENSIERSKI, H.J. (Hg.), Rekonstruktive Sozialpädagogik: Konzepte und Methoden sozialpädagogischen Verstehens in Forschung und Praxis (239-254). Weinheim/München: Juventa

SEIFERT, W. (1995). Die Mobilität der Migranten. Die berufliche, ökonomische und soziale Stellung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Eine Längsschnittanalyse mit dem sozio-ökonomischen Panel 1984-1989. Berlin: Edition Sigma

SIEBEL, W. (1997). Die Stadt und die Zuwanderer. In HÄUSSERMANN, H. u. OSWALD, I. (Hg.), Zuwanderung und Stadtentwicklung (30-41). Opladen: Westdeutscher Verlag

WALTZ, V. (1997). Soziale Integration und ethnische Identifikation in (benachteiligten) Stadtquartieren. In REHBERG, K.H. (Hg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. 28. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie - Dresden 1996, Kongressband 2 (653-657). Opladen: Leske + Budrich